

Gudrun Schnetter

# Finanzstatistische Ergebnisse der Kommunen 1997

*Der vorliegende Aufsatz basiert auf den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistiken der Gemeinden und Gemeindeverbände. Grundlage sind die in den Haushaltsrechnungen der Gebietskörperschaften verbuchten Istausgaben und Isteinnahmen in der durch die Haushaltssystematik vorgegebenen Gliederung nach Arten und Aufgabenbereichen. Durch den großen Umfang des Datenmaterials liegen die Ergebnisse erst im zweiten Jahr nach Ende des Berichtszeitraumes vor.*

## Vorbemerkungen

Die Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden zu verschiedenen Zeitpunkten ihrer Realisierung statistisch erhoben und ausgewertet. Sie werden als geplante Größen im Rahmen der Haushaltsansatzstatistik, dann auf der Grundlage der vierteljährlichen Kassenabschlüsse als Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen und schließlich nach den Rechnungsabschlüssen als Jahresrechnungs- oder Rechnungsstatistik erfasst.

Aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen der Nutzer unterscheiden sich die Erhebungen auch durch den Umfang des einbezogenen Datenmaterials. Die Haushaltsansatz- und die Kassenstatistik beschränken sich auf den Aufriss nach Ausgabe- und Einnahmearten und nur für die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erfolgt eine grobe Gliederung nach Aufgabenbereichen. Für den schnellen Überblick über die aktuelle Entwicklung der Gemeindefinanzen scheint das ausreichend.

Erst die Jahresrechnungsstatistik schöpft die Möglichkeiten der kommunalen Haushaltssystematik aus, indem alle Kombinationen des verbindlich vorgeschriebenen Gliederungs- und Gruppierungsplanes erfaßt werden. Bei 130 Aufgabenbereichen und 230 verschiedenen Arten von Ausgaben und Einnahmen ergeben sich theoretisch etwa 30 000 Haushaltsstellen. Da eine große Anzahl von Kombinationen nicht zulässig ist (z.B. Steuereinnahmen außerhalb der „allgemeinen Finanzwirtschaft“) bzw. in der Praxis nicht vorkommt, liegt die Anzahl der möglichen Einzelposten bei rd. 15 000.

Das Ergebnis der Jahresrechnungsstatistik bietet umfangreiche und tiefgehende Auswertungsmöglichkeiten durch die Darstellung der Finanzdaten nach Gruppierungen und Gliederungen/Aufgabenbereichen.

Soweit keine Angaben nach Aufgabenbereichen benötigt werden, richten sich wegen der höheren Aktualität die

meisten Anforderungen nach Auswertungen aus der Kassenstatistik. Sie zählt zu den Konjunkturstatistiken.

Für Vergleiche über mehrere Jahre sowie tiefgründige Analysen über das Finanzgebaren der Gemeinden und Gemeindeverbände werden die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik zugrunde gelegt. Sie zählt zu den Strukturstatistiken.

Zwischen den Statistiken gibt es neben dem Umfang der erhobenen Daten und der Aktualität noch die unterschiedliche periodische Abgrenzung zu beachten. So werden die nach Ablauf des Kalenderjahres anfallenden Abschlussbuchungen beim kassenmäßigen Nachweis im I. Quartal des Folgejahres angegeben, in der Jahresrechnung im entsprechenden Rechnungsjahr. Das betrifft die sogenannten „haushaltstechnischen Verrechnungen“, z.B. die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und von den besonderen Finanzierungsvorgängen die Rücklagenveränderungen und die Deckung von Vorjahresfehlbeträgen.

Da bei den meisten Auswertungen von aggregierten finanzstatistischen Daten ohnehin eine Bereinigung um die haushaltstechnischen Verrechnungen und besonderen Finanzierungsvorgänge vorgenommen wird, ist dieser Mangel bei der vierteljährlichen Kassenstatistik ohne größere Bedeutung.

## Darstellungsweisen

In der Finanzstatistik werden grundsätzlich drei unterschiedliche Darstellungsformen bezüglich der Anordnung und Zusammenfassung der einzelnen Ausgabe- und Einnahmearten verwendet. Je nach Auswertungsziel wird unterschieden nach:

- gesamtwirtschaftlicher Darstellungsweise
- finanzwirtschaftlicher Darstellungsweise
- haushaltsmäßiger Darstellungsweise.



Hauptzweck der **gesamtwirtschaftlichen Darstellung** der Ausgaben und Einnahmen ist es, die Verflechtungen zwischen den öffentlichen Haushalten und den übrigen Wirtschaftsbereichen, die Stellung der öffentlichen Haushalte im Gesamtsystem der Volkswirtschaft aufzuzeigen sowie den Zahlungsverkehr innerhalb des öffentlichen Sektors deutlich zu machen.

Charakteristisch für diese Darstellung ist die Aufteilung in die laufende Rechnung und die Kapitalrechnung. Die besonderen Finanzierungsvorgänge, zu denen vor allem Schuldenaufnahmen bzw. -tilgungen am Kreditmarkt und Rücklagenveränderungen zählen, werden nicht in die Summen der Ausgaben und Einnahmen einbezogen. Der getrennte Ausweis ist auch dadurch gerechtfertigt, weil damit Doppelerfassungen über mehrere Jahre ausgeschlossen werden, da auf besondere Finanzierungsvorgänge wie z.B. Zuführung zu Rücklagen zu einem späteren Zeitpunkt Sachinvestitionen folgen.

Die Ausgaben- und Einnahmensummen der laufenden und der Kapitalrechnung sind grundsätzlich bereinigt um den Zahlungsverkehr der gleichen Ebene (z.B. zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden) sowie um die haushaltstechnischen Verrechnungen, die sich in einer Rechnungsperiode in Ausgaben und Einnahmen eines Haushaltes ausgleichen. Neben den inneren Verrechnungen zwischen einzelnen Haushaltsstellen zählen dazu auch die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und die kalkulatorischen Kosten bzw. Einnahmen. Eine weitere Bereinigung erfolgt um die Gewerbesteuerumlage.

Auf der Ausgabenseite der **laufenden Rechnung** erscheinen als wichtigste Positionen die Personalausgaben und der laufende Sachaufwand, dem in einem weiteren Sinne auch die Zinsausgaben zuzurechnen sind. Es handelt sich hier grundsätzlich um diejenigen Ausgaben, die als „Staatsverbrauch“ in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen. Daneben stehen die Übertragungen, die als Zahlungen ohne Gegenleistung zu definieren sind. Auf der Ausgabenseite der laufenden Rechnung können sie entweder als laufende Zuweisungen und Zuschüsse oder als Schuldendiensthilfen vorkommen. Auf der Einnahmenseite der laufenden Rechnung sind demgegenüber die laufenden Einnahmen zu verbuchen, die zur Finanzierung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stehen. Es sind dies die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die Leistungsentgelte (Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Zins-einnahmen, Gebühren u. dgl.) und die Übertragungen. Da

die Steuereinnahmen in ihrer Gesamtheit der laufenden Rechnung zugeordnet werden, obwohl sie zu einem Teil auch zur Deckung der Ausgaben der Kapitalrechnung dienen, sollten in der laufenden Rechnung die Einnahmen die Ausgaben immer übersteigen. Je größer dieser Saldo ist, auf desto mehr „freie Mittel“ können die Gebietskörperschaften zur Finanzierung von Sachinvestitionen zurückgreifen.

In der **Kapitalrechnung** stehen den Sachinvestitionen, den Vermögensübertragungen, den Darlehen, dem Erwerb von Beteiligungen und den Tilgungsausgaben an den öffentlichen Bereich auf der Ausgabenseite die Einnahmen aus der Veräußerung von Sachvermögen, die Vermögensübertragungen (d.h. in erster Linie die den Gebietskörperschaften zufließenden Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen), die Darlehensrückflüsse, die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und die Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich gegenüber. Jede Ausgabeposition korrespondiert dabei mit einer entsprechenden Einnahmeposition. Die Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich und die Tilgung dieser Schulden erscheinen in der Kapitalrechnung und nicht unter den besonderen Finanzierungsvorgängen, da es sich hier um Zahlungen innerhalb des öffentlichen Bereichs handelt, die gesamtwirtschaftlich als rückzahlbare Zuweisungen gelten können, während durch den Nachweis der besonderen Finanzierungsvorgänge in erster Linie deutlich gemacht werden soll, in welchem Umfang die Gebietskörperschaften den Kreditmarkt in Anspruch nehmen. Da die Einnahmen der Kapitalrechnung wohl in keinem Fall zur Deckung der Ausgaben ausreichend sein können, muss die Kapitalrechnung normalerweise mit einem Defizit abschließen. Diese „Finanzierungslücke“ wird durch den Überschuss der laufenden Rechnung und gegebenenfalls durch eine entsprechende Kreditaufnahme am Kapitalmarkt oder Entnahme aus Rücklagen geschlossen.

Die **finanzwirtschaftliche Darstellung** veranschaulicht durch die Anordnung der Ausgaben und Einnahmen, welche Ausgabearten für die jeweilige Aufgabenerfüllung eingesetzt wurden und welche Finanzierungsmittel diesen Ausgaben gegenüber standen. Die sogenannten unmittelbaren Ausgaben geben den für die jeweilige Aufgabenerfüllung eingesetzten Betrag an, unabhängig davon, ob und inwieweit andere Stellen zur Finanzierung beigetragen haben.

Diese Darstellungsweise wird dann gewählt, wenn Haushalte in ihrer Struktur verglichen werden sollen.



Charakteristisch ist die stufenweise Bereinigung bis zu den Nettoausgaben als eigenen Finanzierungsbeitrag zur Aufgabenerfüllung nach Absetzung aller von anderen Stellen des öffentlichen Bereichs zur Verfügung gestellten Mittel.

Während die gesamt- und die finanzwirtschaftliche Darstellungsform stärker darauf gerichtet sind, die finanziellen Aktivitäten der einzelnen Ebenen des öffentlichen Bereichs im Vergleich untereinander und mit ihren Auswirkungen auf den übrigen Wirtschaftsablauf darzustellen, orientiert sich die **haushaltmäßige Darstellung** am Vergleich der einzelnen Berichtsstellen. Die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen folgt den in der Haushaltssystematik einheitlich vorgegebenen Gliederungen. Abweichend von der Haushaltssystematik werden nur, wie in der Finanzstatistik üblich, die Ausgaben vor den Einnahmen dargestellt.

Die Darstellung unterscheidet zwischen dem Verwaltungs- und dem Vermögenshaushalt, wobei in beiden Teilhaushalten die Ausgaben und Einnahmen nach dem Gruppierungsplan aufgeführt werden. Bei Einzeldarstellungen wird lediglich um die Gewerbesteuerumlage und die haushaltstechnischen Verrechnungen bereinigt, bei Vergleichen zwischen einzelnen Aufgabenbereichen muss auch auf die Bereinigung um die inneren Verrechnungen verzichtet werden, weil sich die Einnahme- und Ausgabebuchung in diesem Fall nicht auf die gleiche Einheit (Aufgabenbereich) bezieht.

Die Bereinigung der Ergebnisse von Doppelzählungen hängt grundsätzlich davon ab, ob es sich um Gesamtergebnisse für alle Gemeinden und Gemeindeverbände oder um Summen für Gebietskörperschaftsgruppen bzw. Gemeindegrößenklassen handelt. Bei Gesamtergebnissen werden von den Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zunächst die Zahlungen der gleichen Ebene (Gemeinden und Gemeindeverbände) abgezogen. Die Absetzung der haushaltstechnischen Verrechnungen erfolgt erst nach der Addition der Gesamtausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts bzw. der Gesamteinnahmen. Nach Abzug der Zahlungen von anderer Ebene des öffentlichen Bereichs (z.B. Bund, Land, Zweckverbände) ergeben sich die Nettoausgaben und Nettoeinnahmen. Diese Art der Bereinigung von Doppelzählungen ist für einzelne Gebietskörperschaftsgruppen bzw. Gemeindegrößenklassen nicht möglich, da dies eine differenzierte Erfassung des Zahlungsverkehrs der Gemeinden und Gemeindeverbände untereinander voraussetzen würde.

Im vorliegenden Aufsatz soll neben der Darstellung der gesamten Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und

Gemeindeverbände auch die Ausgabenentwicklung nach Einzelplänen/Aufgabenbereichen dargestellt werden, weshalb die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik zugrunde gelegt wurden.

Die Aufgabenbereiche sind in der Haushaltssystematik durch den Gliederungsplan festgelegt.

In den nachfolgenden Ausführungen werden die Einzelpläne im Text und in Tabellen aufgeführt und teilweise nur mit der Nummer des Einzelplanes bezeichnet. Deshalb werden sie nachfolgend genannt:

- 0 Allgemeine Verwaltung
- 1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- 2 Schulen
- 3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Naturschutz
- 4 Soziale Sicherung
- 5 Gesundheit, Sport, Erholung
- 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
- 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung
- 8 Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen
- 9 Allgemeine Finanzwirtschaft

Jeder Einzelplan untergliedert sich in Abschnitte und Unterabschnitte, z.B.:

- |        |                               |
|--------|-------------------------------|
| E 4    | Soziale Sicherung             |
| A 46   | Einrichtungen der Jugendhilfe |
| UA 464 | Tageseinrichtungen für Kinder |

### Gesamtsituation

Das Volumen der Gesamtausgaben der Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände (GV), das sind die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften, belief sich 1997 in der gesamtwirtschaftlichen Darstellung (d.h. ohne besondere Finanzierungsvorgänge, bereinigt um haushaltstechnische Verrechnungen und Zahlungen der gleichen Ebene) auf 8 261 Mill. DM und lag damit wiederum unter dem Vorjahreswert (- 5,6 Prozent).

Da die Gesamteinnahmen nur um 2,9 Prozent zurückgingen, wiesen die kommunalen Haushalte mit 77 Mill. DM ein auf ein Viertel geschrumpftes Finanzierungsdefizit aus.

Die zur Deckung der Finanzlücke notwendige Nettokreditaufnahme war nur noch in Höhe von 143 Mill. DM erforderlich, zwei Drittel des vorjährigen Betrages.



Die Personalausgaben verringerten sich 1997 gegenüber 1996 um 8,6 Prozent bei gleichzeitiger Lohnangleichung auf 85 Prozent der alten Bundesländer und geringem Lohnzuwachs.

Wegen der andauernden Mittelknappheit lagen die Sachinvestitionen in Höhe von 2 186 Mill. DM wie 1996 unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang zum Vorjahr betrug 7,4 Prozent im Jahr 1997 und 12,9 Prozent 1996.

Die Ausgaben für soziale Leistungen betragen 762 Mill. DM im Jahr 1997, das sind 117 Mill. DM bzw. 13,3 Prozent weniger an Ausgaben als 1996. Gegenüber 1995 beträgt der Rückgang sogar 24,5 Prozent, vorrangig durch die mit der Einführung der Pflegeversicherung verbundene Reduzierung der Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen.

Die Steuereinnahmen erhöhten sich 1997 auf 1 031 Mill. DM, 14,7 Prozent mehr als 1996.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse als Haupteinnahmequelle gingen um 6,5 Prozent zurück (-327 Mill. DM).

Einen Überblick über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in den Jahren 1992 bis 1995 gibt die Tabelle 1.

Bevor im nachfolgenden die Analyse tiefer gegliedert nach Gruppierungen und Gliederungen/Aufgabenbereichen vorgenommen wird, sollen weitere finanzstatistische Kennzahlen den Überblick, den Tabelle 1 mit den verdichteten Eckzahlen und den Veränderungsraten bereits gibt, weiter ausbauen.

Es handelt sich dabei um die zur Zeit gebräuchlichsten Kennzahlen der Finanzstatistik für stark aggregierte Daten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die genauen Hinweise zur Abgrenzung der Kennzahlen sind in einer Übersicht als Anlage beigefügt, da in den verschiedenen Quellen für Kennzahlen mit übereinstimmender Bezeichnung unterschiedliche Abgrenzungen bzw. unterschiedliche Bezeichnungen bei identischem Inhalt Verwendung finden.

Finanzstatistische Kennzahlen können eine wichtige Informationsfunktion erfüllen, wenn sie in ihrer Aussagefähigkeit vor dem Hintergrund einer differenziert gestalte-

**Tabelle 1: Gesamtübersicht über die Kommunalfinanzen 1995 bis 1997**

	1995	1996	1997	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				1996	1997
	Mill. DM			um %	
Gesamtausgaben	9 347	8 751	8 261	- 6,4	- 5,6
Gesamteinnahmen	8 769	8 427	8 184	- 3,9	- 2,9
Finanzierungssaldo	- 578	- 324	- 77	- 43,9	- 76,2
Personalausgaben	2 856	2 689	2 458	- 5,9	- 8,6
Laufender Sachaufwand	1 714	1 735	1 674	1,2	- 3,5
Zinsausgaben	320	353	351	10,3	- 0,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	2 311	2 221	2 204	- 3,9	- 0,7
Sachinvestitionen	2 710	2 361	2 186	- 12,9	- 7,4
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	156	165	186	6,0	12,6
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 215	899	1 031	- 26,0	14,7
Ersätze zum Familienleistungsausgleich	-	108	110	x	1,3
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	1 258	1 234	1 200	- 1,9	- 2,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	5 135	5 034	4 707	- 2,0	- 6,5
Veräußerung von Vermögen	532	541	460	1,7	- 15,0
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	1 310	1 340	1 412	2,3	5,4
Besondere Finanzierungsvorgänge					
Schuldentilgung	356	510	570	43,2	11,7
Zuführung an Rücklagen	301	242	240	- 19,7	- 0,6
Deckung von Fehlbeträgen	47	63	75	32,3	18,7
Schuldenaufnahme	823	747	713	- 9,3	- 4,5
Entnahme aus Rücklagen	354	328	232	- 7,4	- 29,1
Nettokreditaufnahme	467	230	143	- 50,7	- 37,7



ten öffentlichen Finanzwirtschaft gesehen werden. Die Kennzahlen teilen sich in:

- Ausgabenquoten
- Einnahmenquoten
- Finanzierungsquoten
- Belastungsquoten
- Salden
- Sonstige Quoten

**Tabelle 2:** Finanzstatistische Kennzahlen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1995 bis 1997

	Einheit	1995	1996	1997
<b>Ausgabenquoten <sup>1)</sup></b>				
Personalausgabenquote	%	30,7	30,7	29,8
Sachaufwandsquote	%	18,4	19,8	20,3
Zinsausgabenquote	%	3,4	4,0	4,2
Anteil der Sozialhilfeleistungen	%	10,8	10,0	9,2
Investitionsausgabenquote	%	31,5	28,7	28,3
Sachinvestitionsquote	%	29,1	27,0	26,5
<b>Einnahmenquoten <sup>2)</sup></b>				
Steuereinnahmenquote	%	13,9	10,7	12,6
Anteil der allgemeinen Zuweisungen und Erstattungen vom Land und vom Bund	%	27,7	29,3	29,7
Gebühreneinnahmenquote	%	7,6	7,6	7,3
<b>Finanzierungsquoten</b>				
Steuerdeckungsquote <sup>1)</sup>	%	13,0	10,3	12,5
Deckungsquote der Zuweisungen und Erstattungen vom Land und vom Bund <sup>1)</sup>	%	50,6	53,9	56,6
Finanzierungsanteil der Investitionen durch Investitionszuweisungen vom Land und vom Bund <sup>3)</sup>	%	39,4	46,6	52,1
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt <sup>3)</sup>	%			
Rücklagenentnahme <sup>3)</sup>	%	12,2	13,0	9,9
<b>Belastungsquoten <sup>2)</sup></b>				
Zinslastquote	%	3,7	4,2	4,3
Schuldendienstbelastungsquote	%	5,9	6,6	7,0
<b>Salden</b>				
Allgemeine Deckungsmittel	Mill. DM	3 627	3 345	3 446
Nettokreditaufnahme (ohne Umschuldung)	Mill. DM	507	266	188
Überschuss des Verwaltungshaushalts	Mill. DM	471	330	412
Freie Spitze	Mill. DM	280	108	161
<b>Sonstige Quoten</b>				
Kreditfinanzierungsquote (ohne Umschuldung) <sup>3)</sup>	%	17,4	10,6	8,0
Selbstfinanzierungsquote <sup>3)</sup>	%	16,2	13,1	17,6
Finanzierungsquote der freien Spitze <sup>3)</sup>	%	9,6	4,3	6,9
Anteil des Überschusses im Verwaltungshaushalt <sup>4)</sup>	%	6,9	5,0	6,5

1) bezogen auf die Gesamtausgaben (gesamtwirtschaftlich)  
 2) bezogen auf die Gesamteinnahmen (gesamtwirtschaftlich)  
 3) bezogen auf Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (gesamtwirtschaftlich)  
 4) bezogen auf die Einnahmen der laufenden Rechnung

### Nettokreditaufnahme stark zurückgegangen

Die Bemühungen der Kommunen um die Konsolidierung ihrer Finanzen zeigt sich auch bei der Entwicklung der Bestandteile der besonderen Finanzierungsvorgänge. Während die Gemeinden und Gemeindeverbände Finanzierungsengpässe in den vergangenen Jahren mit Fremdmitteln überbrückten, mußte dies in den letzten Jahren stark eingeschränkt werden, da in vielen Gemeinden die Verschuldungsgrenze erreicht ist. Erkennbar ist das an der deutlich zurückgegangenen Nettokreditaufnahme. Im Jahr 1997 wurde im Saldo von Kreditaufnahme und Tilgung nur noch ein Volumen von 143 Mill. DM an Kreditmarktmitteln benötigt, gegenüber 230 und 467 Mill. DM in 1996 und 1995. Dass die Schuldenaufnahme diese stark rückläufige Entwicklung nicht in ähnlicher Weise widerspiegelt, liegt daran, dass ein großer Teil der Tilgung am Kreditmarkt zur Umschuldung (fast zwei Drittel) eingesetzt wurde und dies die Schuldenaufnahme entsprechend erhöht.

Der Rücklagenstand wird in den Finanzstatistiken nicht erfasst. Die Refinanzierungsmöglichkeiten der Kommunen aus dem Angesparten kann daher nur anhand der Zuführung bzw. Entnahme aus Rücklagen näherungsweise nachgewiesen werden.

Nachdem 1995 und 1996 53 bzw. 86 Mill. DM der Rücklage im Saldo von Entnahme und Zuführung entzogen wurden, konnten die Rücklagen 1997, wenn auch nur um 8 Mill. DM, so doch aufgestockt werden.

### Freie Spitze

Die Kommunale Haushaltsordnung verpflichtet die Kommunen, nicht benötigte Einnahmen im Verwaltungshaushalt dem Vermögenshaushalt zur Deckung der Ausgaben zuzuführen. Der Zuführungsbetrag steht dann für Investitionsvorhaben und/oder zur Schuldentilgung zur Verfügung. Die Zuführung muss mindestens so hoch



sein, dass die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt ist, soweit dafür keine tilgungsbezogenen Einnahmen zur Verfügung stehen.

In der Literatur gibt es besonders bei der Ermittlung der sogenannten „freien Spitze“ unterschiedliche Abgrenzungen.

1. Saldo aus Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt und vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt = freie Spitze

o.g. Saldo abzüglich Zuführung an Rücklagen, Tilgung von Krediten (ohne außerordentliche Tilgung und Umschuldung), Rückzahlung von inneren Darlehen und Kreditbeschaffungskosten = freie Investitionsspitze

2. Saldo aus Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt und vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt abzüglich Tilgung von Krediten (ohne außerordentliche Tilgung und Umschuldung), Rückzahlung von inneren Darlehen und Kreditbeschaffungskosten = freie Spitze

3. Saldo aus laufenden Einnahmen (Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes zuzüglich Rückflüsse von Darlehen und Zuweisungen für Tilgungen abzüglich Zuführung vom Vermögenshaushalt und Bedarfszuweisungen) und laufenden Ausgaben (Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes zuzüglich ordentliche Tilgung von Krediten und Rückzahlung innerer Darlehen, Kreditbeschaffungskosten, Zuweisungen für Tilgungen, laufende Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften abzüglich Zuführung zum Vermögenshaushalt) = freie Spitze zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Thüringer Gemeinden

Bei der Ermittlung der hier dargestellten Kennzahlen wurde die 2. Variante zugrunde gelegt.

1997 betrug der Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt 464 Mill. DM, 38 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Die Zuführung zum Verwaltungshaushalt betrug 1997 82 Mill. DM, 34 Mill. DM weniger als im Vorjahr.

Im Saldo ergab dies 382 Mill. DM im Jahr 1997 bzw. 309 Mill. DM 1996.

Nach Abzug der Tilgung von Krediten (ohne außerordentlicher Tilgung und Umschuldung), der Rückzahlung von inneren Darlehen sowie der Kreditbeschaffungskosten verblieben 161 Mill. DM für Investitionen bzw. Rücklagenbildung für spätere Investitionen im Jahr 1997, nachdem es 1996 nur 108 Mill. DM waren.

### Sachinvestitionen weiter rückläufig

Ein großer Teil der Sachinvestitionen der öffentlichen Hand wird von den Gemeinden und Gemeindeverbänden getätigt. 1997 lagen die Sachinvestitionen (Baumaßnahmen und Erwerb von Sachvermögen) mit 2 186 Mill. DM zum wiederholten Male unter dem Vorjahreswert.

Infolge des Investitionsrückganges ist die Sachinvestitionsquote von 29,1 Prozent im Jahr 1995 auf 26,5 Prozent im Jahr 1997 gesunken.

**Tabelle 3:** Sachinvestitionen der öffentlichen Hand

	1995	1996	1997	darunter	
				kreisang. Gemeinden	kreisfreie Städte
Mill. DM					
Baumaßnahmen	2 311	2 031	1 908	1 267	262
Erwerb von Sachvermögen	399	330	277	165	41
Sachinvestitionen	2 710	2 361	2 186	1 432	303

Investitionsschwerpunkt ist seit Jahren der Aufgabenbereich Bau- und Wohnungswesen, Verkehr und hier trotz starker Rückgänge der Bereich der Gemeindestraßen. Die aufgewendeten Mittel betragen 858 Mill. DM bzw. 409 Mill. DM.

Bund und Land haben mit 406 Mill. DM insgesamt und 167 Mill. DM bei den Gemeindestraßen Finanzhilfe durch Investitionszuweisungen gegeben.

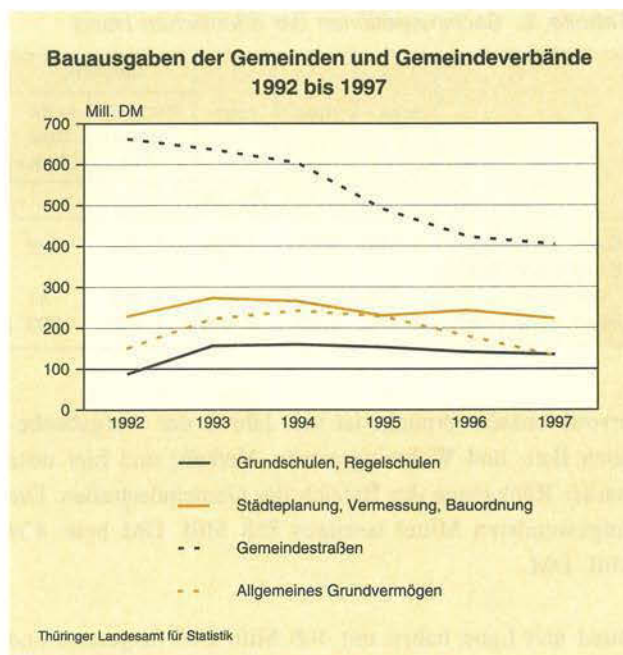
1997 wurden 1 908 Mill. DM durch die Gemeinden und Gemeindeverbände verbaut. Den Rückgang gegenüber den Vorjahren tragen alle Gebietskörperschaftsgruppen.

Zwei Drittel der Ausgaben, 1 294 Mill. DM, erhielten die Kommunen als Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen von Bund, Land, Kommunen und anderen gefördert.

**Tabelle 4: Sachinvestitionen 1997 nach Aufgabenbereichen**

Aufgabenbereich	Sachinvestitionen		Bauausgaben		Erwerb von Sachvermögen	
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr um %	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr um %	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr um %
2 Schulen	330	- 1,0	291	- 1,5	39	3,3
5 Gesundheit, Sport, Erholung	168	- 0,1	160	0,1	8	- 4,0
6 Bau-Wohnungswesen, Verkehr	858	- 6,9	830	- 5,6	28	- 34,5
63 dar.: Gemeindestraßen	409	- 4,6	404	- 4,4	5	- 18,4
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderungen	271	- 7,0	234	- 4,4	37	- 20,4
8 Wirtschaftliche Unternehmen, Grund- und Sondervermögen	259	- 19,4	190	- 18,2	69	- 22,6
<b>Insgesamt</b>	<b>2 186</b>	<b>- 7,4</b>	<b>1 908</b>	<b>- 6,0</b>	<b>277</b>	<b>- 16,0</b>

Fast die Hälfte der Bauausgaben wurden in den Bereichen Grund- und Realschulen, Städteplanung, Vermessung, Bauordnung, Gemeindestraßen, Allgemeines Grundvermögen getätigt.



Hauptinvestor sind die kreisangehörigen Gemeinden mit 1 432 Mill. DM Sachinvestitionen, darunter 1 267 Mill. DM Ausgaben für Baumaßnahmen.

Das wirkt sich auch auf die Haushaltsstruktur aus. Bei den kreisangehörigen Gemeinden entfallen auf den Vermögenshaushalt, in dem überwiegend die Investitionen dargestellt sind, etwa 40 Prozent der Ausgaben, bei den Landkreisen und kreisfreien Städten etwa 30 Prozent.

**Personalausgaben weiter zurückgegangen**

Die Personalausgaben sind auf der Ausgabenseite der wichtigste Einzelposten. Trotz Einigung der Tarifpartner auf einen geringen Lohnzuwachs und eine Anhebung der Löhne und Gehälter im Jahr 1997 auf 85 Prozent des Niveaus der alten Bundesländer wurde wiederum ein Rückgang bei den Personalausgaben um 8,6 Prozent erreicht. 1997 wurden 2 458 Mill. DM für Personal aufgewendet. Die Personalausgabenquote verringerte sich auf 29,8 Prozent, da die Personalausgaben stärker reduziert wurden als die Gesamtausgaben sanken.

Die größten Beträge wurden in den Einzelplänen Allgemeine Verwaltung und Soziale Sicherung ausgegeben.

**Tabelle 5: Personalausgaben nach Einzelplänen 1995 bis 1997**

Einzelplan	1995	1996	1997	Veränderung 1997 zum Vorjahr in %
	Mill. DM			
Allgemeine Verwaltung	631	617	596	- 3,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	211	211	221	4,5
Schulen	264	249	230	- 7,5
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Naturschutz	213	214	192	- 10,3
Soziale Sicherung	707	597	523	- 12,4
Gesundheit, Sport, Erholung	210	215	180	- 16,3
Bau-, Wohnungswesen, Verkehr	238	246	243	- 0,9
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	324	316	256	- 19,1
Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	58	23	17	- 23,5



Der Rückgang der Personalausgaben wurde volumenmäßig vorrangig in den Bereichen der Sozialen Sicherung und der Öffentlichen Einrichtungen, Wirtschaftsförderung erreicht. Besonders die Übertragung von Tageseinrichtungen für Kinder an freie Träger bzw. die Schließung von Einrichtungen und die Reduzierung von Arbeitsstunden in den Kindergärten führten im Einzelplan Soziale Sicherung zu dieser Entwicklung, die bereits über mehrere Jahre anhält.

Im Bereich der Öffentlichen Einrichtungen ist der Rückgang im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr fast ausschließ-

lich auf die Entwicklung im Bereich der Hilfsbetriebe der Verwaltung zurückzuführen (Fuhrpark, Bauhof). Hier gab es umfangreiche Ausgliederungen und Privatisierungen.

Einen Personalkostenzuwachs gab es lediglich im Einzelplan Öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Unterschiedlich haben sich die Personalausgaben nach Gebietskörperschaften entwickelt. Dies ist abhängig von der Aufgabenverteilung zwischen Gemeinden und Landkreisen.

**Tabelle 6: Personalausgaben nach Gebietskörperschaftsgruppen 1997**

Einzelplan	Kreisfreie Städte		Kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften		Landkreise	
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr um %	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr um %	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr um %
Allgemeine Verwaltung	126	- 3,6	318	- 4,8	152	- 0,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	68	1,3	80	- 5,1	73	21,6
Schulen	66	- 3,3	12	- 8,0	153	- 9,2
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Naturschutz	58	- 2,0	83	- 20,1	52	0,1
Soziale Sicherung	155	- 14,9	274	- 13,8	94	- 3,3
Gesundheit, Sport, Erholung	50	- 7,2	96	- 23,0	35	- 7,1
Bau-, Wohnungswesen, Verkehr	77	1,1	113	- 8,3	53	15,5
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	19	- 0,1	215	- 21,4	21	- 7,3
Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	3	- 1,0	14	- 25,7	0	- 57,4

### Ausgabenrückgang bei sozialen Leistungen

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse hatten 1997 ein Volumen von 2 204 Mill. DM. Sie stellen damit den drittgrößten Ausgabenblock. Gegenüber den Vorjahren sind sie rückläufig. 1997 verringerten sich die gezahlten Beträge um 0,7 Prozent zum Vorjahr und 1996 um 3,9 Prozent. Die Hauptbestandteile der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sind:

- Renten, Unterstützungen und ähnliche soziale Leistungen - 762 Mill. DM
- allgemeine Zuweisungen und Umlagen (Kreisumlagen) - 575 Mill. DM
- laufende Zuschüsse an Unternehmen (Eigenbetriebe und Eigengesellschaften) - 304 Mill. DM
- laufende Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen - 231 Mill. DM

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für soziale Leistungen sind 1997 weiter zurückgegangen. 762 Mill. DM wurden gezahlt, 13,3 Prozent weniger als 1996.

Sehr unterschiedlich war die Entwicklung der einzelnen Leistungen in den vergangenen Jahren. Die Zahlungen an Personen in Einrichtungen sanken massiv durch die Einführung der Pflegeversicherung.

Stark angestiegen ist im Jahr 1997 die Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen. Die einzelnen Leistungen entwickelten sich wie folgt:



**Tabelle 7: Leistungen der Sozialhilfe**

	1995	1996	1997
	in Mill. DM		
Leistungen der Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen in Einrichtungen	248 502	249 361	298 224
Leistungen an Kriegsofopfer u.ä.	0	0	0
Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen in Einrichtungen	39 131	37 142	41 150
Sonstige soziale Leistungen	41	12	1
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	48	47	47
<b>Soziale Leistungen insgesamt</b>	<b>1 010</b>	<b>879</b>	<b>762</b>

Für die Bewertung der Belastung der Kommunen durch die sozialen Leistungen sind der Ersatz der Leistungen maßgeblich. Dieser wird vorrangig von den Sozialleistungsträgern vorgenommen. Rund ein Fünftel der Ausgaben wurden den Kommunen ersetzt.

**Rückgang beim laufenden Sachaufwand**

Ein weiterer großer Ausgabenblock ist der laufende Sachaufwand. Hinter diesem Sammelposten verbergen sich hauptsächlich Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und von baulichen Anlagen, Mieten und Pachten, Haltung von Kraftfahrzeugen u.ä. Insbesondere handelt es sich dabei um die Folgekosten von Investitionen. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand haben 1997 um 3,5 Prozent auf 1 676 Mill. DM abgenommen.

Im Vergleich der Jahre 1995 bis 1997 ist die Sachaufwandsquote trotz gesunkenen Sachaufwandes gestiegen, da die Gesamtausgaben durch den überdurchschnittlichen Rückgang der Personalausgaben stärker gesunken waren.

**Anstieg der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr**

Die Steuern (netto) und steuerähnlichen Einnahmen sind eine wichtige originäre Einnahmequelle der Gemeinden. Trotz Anstieg im Jahr 1997 haben sie noch nicht die Bedeutung wie in den alten Bundesländern. Das Gewicht der Steuereinnahmen wird durch die Steuereinnahmenquote, das sind an den Gesamteinnahmen gemessene Steuereinnahmen, dargestellt. Diese ist in den letzten Jahren von 13,9 Prozent im Jahr 1995 auf 10,7 Prozent 1996 gesunken und 1997 angestiegen auf 12,6 Prozent.

Insgesamt haben die Thüringer Gemeinden 1997 1 031 Mill. DM Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen erzielt, dies sind 132 Mill. DM oder 14,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte wuchsen um 24,7 Prozent, die der kreisangehörigen Gemeinden um 10,9 Prozent.

Hauptquellen der kommunalen Steuereinnahmen sind die Gewerbesteuer (37,6 Prozent) und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (35,2 Prozent).

Die kreisfreien Städte erzielten die Hälfte ihrer Steuereinnahmen durch sie. Bei den kreisangehörigen Gemeinden ist der Anteil von Grund- und Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer relativ gleich.

Die von den Betrieben gezahlte Gewerbesteuer (brutto) betrug 388 Mill. DM im Jahr 1997 und lag damit um 15,9 Prozent über dem Vorjahreswert. In den neuen Bundesländern wurde sie nur auf den Gewerbesteuerertrag erhoben.

Die Gemeinden müssen aus ihrem Gewerbesteueristaufkommen eine Umlage an Bund und Land abführen. Sie berechnet sich aus Gewerbesteueristaufkommen dividiert durch den Hebesatz, multipliziert mit dem Vervielfältiger. Der Vervielfältiger wird vom Gesetzgeber vorgegeben. In den Jahren 1995 und 1996 betrug der Vervielfältiger in den neuen Bundesländern 38 Prozent. Wegen der Nichteinführung der Gewerkekapitalsteuer wurden die Gemeinden 1997 von der Umlage befreit.

Somit verblieb 1997 das gegenüber dem Vorjahr angewachsene Gewerbesteueristaufkommen vollständig bei den Gemeinden.

Die Gemeinden erhalten vom Aufkommen an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer 15 Prozent und von der Zinsabschlagsteuer 12 Prozent.

1997 betrug der Anteil der Gemeinden 364 Mill. DM. Dies war eine geringe Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 9 Mill. DM bzw. 2,6 Prozent. Dieser leichte Anstieg konnte den Rückgang von 1996 gegenüber 1995 jedoch noch nicht völlig ausgleichen.

Von dem Betrag flossen 99 Mill. DM den kreisfreien Städten und 265 Mill. DM den kreisangehörigen Gemeinden zu.



### Allgemeine Finanzausweisungen konstant

Die allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und deren Umlageeinnahmen gingen 1997 um 0,9 Prozent zurück. Von den insgesamt 3 128 Mill. DM entfielen 78 Prozent auf die Schlüssel- und Finanzausweisungen vom Land, 22 Prozent waren Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Die Schlüsselzuweisungen fielen mit 2 351 Mill. DM um 1,9 Prozent geringer aus als 1996. 25 Prozent der Schlüsselzuweisungen oder 579 Mill. DM flossen gemäß § 7 ThürFAG den Landkreisen und 75 Prozent oder 1 772 Mill. DM den Gemeinden zu. Davon gingen 518 Mill. DM an die kreisfreien Städte und 1 254 Mill. DM an die kreisangehörigen Gemeinden.

1997 erhielten 7 Gemeinden keine Schlüsselzuweisungen, da ihre Steuerkraftmesszahl so hoch war, dass sie die Bedarfsmesszahl überstieg.

### Gebühreneinnahmen weiter rückläufig

Das Kommunalabgabengesetz schreibt vor, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen nach Möglichkeit kostendeckend zu bemessen. Dies ist aus verschiedenen Gründen oft nicht möglich, ebenso bei den Verwaltungsgebühren.

1997 betrugen die Einnahmen aus Gebühren und zweckgebundenen Abgaben 597 Mill. DM. Gegenüber 1996 gingen die Einnahmen um 6,2 Prozent zurück, nachdem bereits im Jahr zuvor ein Rückgang um 4,3 Prozent zu verzeichnen war. Hauptursache waren geringere Einnahmen aus Benutzungsgebühren in den Aufgabenbereichen Kindertageseinrichtungen und Abfallbeseitigung.

**Tabelle 8:** Gebühren und zweckgebundene Abgaben

	1995	1996	1997
	in Mill. DM		
Verwaltungsgebühren	135	132	130
Benutzungsgebühren	526	503	465
Kindertageseinrichtungen	68	55	46
Abfallbeseitigung	234	240	219
Zweckgebundene Abgaben	3	2	2
<b>Gebühren und zweckgebundene Abgaben insgesamt</b>	<b>665</b>	<b>637</b>	<b>597</b>

Von den 597 Mill. DM an Einnahmen aus Gebühren und zweckgebundenen Abgaben entfielen allein 320 Mill. DM

auf die Landkreise und 163 Mill. DM auf die kreisfreien Städte. Dies resultiert aus der Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften.

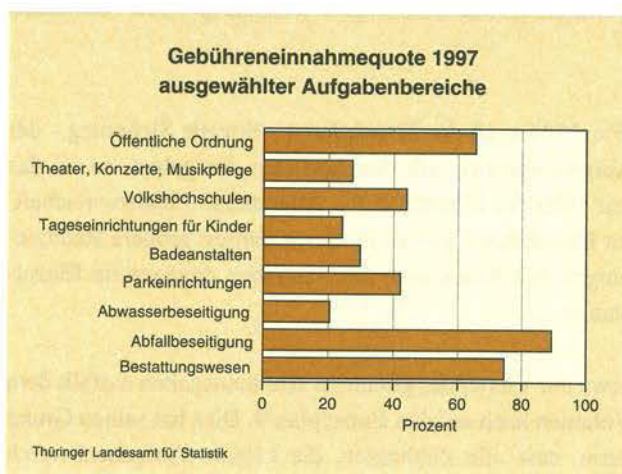
Die 219 Mill. DM Gebühreneinnahmen für die Abfallbeseitigung wurden fast vollständig von den Landkreisen und kreisfreien Städten eingenommen, für die sie als Gebietskörperschaften verantwortlich zeichnen.

Die Gebühreneinnahmen für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen wurden dagegen vollständig von den Gemeinden vereinnahmt.

Ein weiterer großer Betrag wurde vom Aufgabenbereich 11 - Öffentliche Ordnung - eingenommen. Er betrug 69 Mill. DM im Jahr 1997 und wurde zum großen Teil als Verwaltungsgebühren für das Pass- und Meldewesen sowie die KfZ-Zulassung vereinnahmt.

Bei der Bewertung der Einnahmen aus Gebühren und zweckgebundenen Abgaben ist zu berücksichtigen, dass die Wasser- und Abwasserentsorgung in Thüringen zum größten Teil durch Zweckverbände erledigt wird, die in den Angaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht enthalten sind.

In Thüringen hatten 1997 die Gebühreneinnahmen einen Anteil an den Gesamteinnahmen von 7 Prozent. Aussagefähiger ist jedoch die Ermittlung der Gebühreneinnahmenquote für die einzelnen Bereiche, in denen hauptsächlich Gebühren eingenommen werden. Die nachfolgende Grafik zeigt die Quoten einiger ausgewählter Aufgabenbereiche.





### Darstellung nach Einzelplänen

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf die Darstellung der Gesamtausgaben und -einnahmen in der gesamtwirtschaftlichen Darstellungsweise. Im weiteren wird auf die Einzelpläne eingegangen, wozu die haushaltsmäßige Darstellung zugrunde gelegt wird. Charakteristisch dafür ist die Aufgliederung des Gesamthaushaltes in den Verwaltungs- und in den Vermögenshaushalt sowie die Darstellung der Bruttoausgaben und -einnahmen in der Gliederung nach dem Gruppierungsplan.

Darin sind auch die besonderen Finanzierungsvorgänge enthalten. Die Einnahmen aus Krediten und die Entnahme aus Rücklagen erhöhten 1997 einnahmeseitig die liquiden Mittel um 945 Mill. DM. Tilgung von Krediten, Rücklagenzuführungen und Deckung von Vorjahresfehlbeträgen erhöhten 1997 die Ausgabe Seite um 884 Mill. DM.

Werden die haushaltstechnischen Verrechnungen einbezogen, die Ausgaben und Einnahmen gleichermaßen im Wert von 644 Mill. DM erhöhen, dann ergibt das die Bruttoausgaben und -einnahmen, die in den Tabellen 9 bis 11 nach Einzelplänen dargestellt werden.

1997 gaben die Gemeinden brutto 10 606 Mill. DM aus und nahmen 10 559 Mill. DM ein.

Das Aufgabenspektrum der Gemeinden und Gemeindeverbände ist weit gespannt. Das Gewicht der Einzelpläne wird an deren Ausgabenhöhe erkennbar. Die Verteilungsstruktur ist über die Jahre relativ konstant. Dennoch läßt sich bei längerfristigen Vergleichen eine Verschiebung der Ausgaben erkennen. Aus diesem Grunde weisen die folgenden Tabellen die Jahre 1994 bis 1997 aus.

**Tabelle 9:** Bruttoausgaben <sup>1)</sup> und Bruttoeinnahmen <sup>1)</sup> der Gemeinden und Gemeindeverbände 1994 bis 1997 nach Einzelplänen

Einzelplan	Bruttoausgaben				Bruttoeinnahmen			
	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997
	in Mill. DM							
0	1 066	1 037	994	960	264	228	216	205
1	436	445	425	442	200	201	195	197
2	1 168	1 082	1 066	1 041	500	507	517	526
3	517	430	453	446	239	184	211	197
4	2 299	2 190	1 944	1 736	1 350	1 230	1 066	817
5	541	510	563	527	182	198	215	193
6	1 697	1 580	1 475	1 407	694	720	730	665
7	1 229	1 115	1 031	970	831	720	725	684
8	771	773	601	574	882	860	858	855
9	2 228	2 333	2 444	2523	6 534	6 543	6 197	6 251
<b>Summe</b>	<b>11 954</b>	<b>11 496</b>	<b>10 996</b>	<b>10 606</b>	<b>11 675</b>	<b>11 391</b>	<b>10 931</b>	<b>10 559</b>

1) einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen, ohne Gewerbesteuerumlage

War 1994 noch der Einzelplan 4 - Soziale Sicherung - der Aufgabenbereich mit den höchsten Ausgaben, so ist das seit 1995 der Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft. Im Einzelplan 4 gab es in diesen Jahren größere Reduzierungen, ein Anwachsen der Ausgaben dagegen im Einzelplan 9.

Etwa ein Viertel der gesamten Bruttoausgaben entfällt dem Volumen nach auf den Einzelplan 9. Dies hat seinen Grund darin, dass alle Zahlungen, die keinem Aufgabenbereich direkt zugeordnet werden können, zentral in der Allgemeinen Finanzwirtschaft nachzuweisen sind. Es handelt sich

dabei hauptsächlich um Umlagen, Tilgungen, Zinszahlungen, Rücklagenzuführungen.

Neben den hohen Ausgabenrückgängen bei der Sozialen Sicherung sind auch Rückgänge in den Einzelplänen 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr - und 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung - zu verzeichnen. Unterschiedlich sind jedoch die Ursachen. Sind es im Einzelplan 4 sinkende Ausgaben im Verwaltungshaushalt durch geringere Personalausgaben, so liegt die Ursache bei den Einzelplänen 6 und 7 in reduzierten Ausgaben des Vermögenshaushaltes durch geringere Investitionstätigkeit.



**Tabelle 10:** Bruttoausgaben <sup>1)</sup> und Bruttoeinnahmen <sup>1)</sup> der Gemeinden und Gemeindeverbände 1994 bis 1997 nach Einzelplänen

Einzelplan	Bruttoausgaben des								Bruttoeinnahmen des							
	Verwaltungshaushalts				Vermögenshaushalts				Verwaltungshaushalts				Vermögenshaushalts			
	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997
	in Mill. DM															
0	927	913	887	855	139	123	108	105	216	187	175	175	48	41	41	30
1	280	308	305	318	156	138	120	104	141	149	145	156	59	52	50	41
2	686	709	722	708	482	373	344	332	389	406	419	410	110	101	98	116
3	400	345	387	370	118	85	66	76	193	152	179	160	46	32	32	37
4	2 189	2 122	1 886	1 686	111	68	58	50	1 331	1 218	1 050	806	19	11	17	10
5	359	367	377	340	182	144	186	187	132	137	133	110	50	61	82	3
6	440	461	500	484	1 257	1 119	975	923	145	141	169	121	548	579	561	544
7	697	690	701	674	532	425	330	296	555	502	505	464	276	219	220	219
8	260	312	237	269	511	461	364	304	365	397	359	408	517	463	498	447
9	1 409	1 573	1 500	1 543	819	760	944	980	4 145	4 499	4 388	4 468	2 389	2 044	1 809	1 872
<b>Summe</b>	<b>7 647</b>	<b>7 800</b>	<b>7 501</b>	<b>7 248</b>	<b>4 307</b>	<b>3 696</b>	<b>3 494</b>	<b>3 358</b>	<b>7 613</b>	<b>7 789</b>	<b>7 523</b>	<b>7 278</b>	<b>4 062</b>	<b>3 602</b>	<b>3 408</b>	<b>3 311</b>

1) einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen, ohne Gewerbesteuerumlage

1997 betragen die Bruttoausgaben im Einzelplan 9 - **Allgemeine Finanzwirtschaft** - 2 523 Mill. DM. Das waren 23,8 Prozent der gesamten Bruttoausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Gegenüber dem Vorjahr wuchsen sie um 3,3 Prozent an.

Die größten Einzelposten waren die Umlagen mit 697 Mill. DM (Kreis-, Verwaltungsgemeinschafts- und Zweckverbandsumlagen), Tilgungen und Rückzahlung von inneren Darlehen mit 578 Mill. DM, Zinsausgaben mit 351 Mill. DM sowie Rücklagenzuführungen in Höhe von 240 Mill. DM.

Wie bereits erwähnt, hatte die ordentliche Tilgung mit 209 Mill. DM nur einen Anteil an den Tilgungen insgesamt von 36 Prozent.

Der Einzelplan 4 - **Soziale Sicherung** - hatte mit 1 736 Mill. DM einen Anteil an den Gesamtausgaben von 16,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war ein Rückgang um 10,7 Prozent zu verzeichnen. Der Einzelplan 4 ist der Bereich mit dem höchsten Anteil Verwaltungshaushalt am Gesamthaushalt (97 Prozent). Von den 1 736 Mill. DM entfielen 523 Mill. DM, das sind 30 Prozent, auf die Personalausgaben. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 74 Mill. DM bzw. 12,4 Prozent. Absolut und relativ am größten waren die Einsparungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Hier wurden zwar mit 323 Mill. DM die meisten Personalkosten ermittelt, der Rückgang zum Vorjahr betrug jedoch 64 Mill. DM bzw. 16,6 Prozent, nachdem in den Vorjahren ebenfalls bereits hohe Einsparungen erreicht wurden. Erheblich zurückgegangen sind die Personalkosten bei sozialen Einrichtungen für

pflegebedürftige ältere Menschen vor allem bedingt durch Ausgliederung aus den öffentlichen Haushalten bzw. Privatisierung.

Fast 45 Prozent der Ausgaben des Einzelplanes 4 wurden für Soziale Leistungen (Gr.nr. 73-79) benötigt. Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich die Ausgaben um 117 Mill. DM auf 762 Mill. DM. Den größten Anteil haben mit 300 Mill. DM die sozialen Leistungen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt, der auch gegenüber 1996 unverändert hoch ist. Die Reduzierung trat durch die Leistungen der Pflegeversicherung ein, wodurch die kommunalen Ausgaben im Bereich der Hilfe zur Pflege um mehr als die Hälfte auf 91 Mill. DM reduziert werden konnten.

185 Mill. DM wurden an Zuschüssen für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (Caritas, DRK ...) gezahlt, darunter 104 Mill. DM für Kindertageseinrichtungen und 45 Mill. DM zur Förderung der Wohlfahrtspflege.

Lediglich 34 Mill. DM wurden im Einzelplan 4 für Baumaßnahmen ausgegeben.

Der Einzelplan 2 - **Schulen** - tätigte Ausgaben in Höhe von 1 041 Mill. DM und hatte einen Anteil von 9,8 Prozent an den gesamten Ausgaben. Zwei Drittel davon entfielen auf den Verwaltungshaushalt. Die größten Ausgabepositionen waren die Personalausgaben ohne Lehrpersonal (230 Mill. DM), Ausgaben für die Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen (173 Mill. DM), weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (184 Mill. DM, darunter 87 Mill. DM für die Schülerbeförderung).



Im Vermögenshaushalt wurden 291 Mill. DM „verbaut“ und für 39 Mill. DM Sachvermögen erworben. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Baumaßnahmen bei Grund- und Regelschulen sowie den Gymnasien, bei Berufsschulen und Förderschulen wurden die Ausgaben erhöht.

Für den Einzelplan 7 - **Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung** - wurden 970 Mill. DM im Jahr 1997 ausgegeben, das sind 9,1 Prozent der gesamten Ausgaben. 80 Prozent der Ausgaben entfallen auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Hilfsbetriebe der Verwaltung (z.B. Bauhöfe, Fuhrparks) und Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr. Die Ausgabenstruktur ist dabei je nach Aufgabengebiet sehr unterschiedlich.

	Abfallbeseitigung	Hilfsbetriebe der Verwaltung	Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr
	Mill. DM		
Personalausgaben	11	176	31
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	35	3	1
Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	78	3	9
Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushalts	49	1	0
Haltung von Fahrzeugen	1	16	0
Baumaßnahmen	30	7	113
Erwerb von Sachvermögen	1	11	22

**Tabelle 11: Bruttoausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände 1997 nach Körperschaftsgruppen und Einzelplänen**

Einzelplan		Kreisfreie Städte		Kreisangehörige Gemeinden		Verwaltungsgemeinschaften		Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen <sup>1)</sup>	
		Gesamt-	Verwalt.-	Gesamt-	Verwalt.-	Gesamt-	Verwalt.-	Gesamt-	Verwalt.-	Gesamt-	Verwalt.-
		haushalt									
Allgemeine Verwaltung	a)	195	177	393	345	105	100	267	234	960	855
	b)	9,5	11,0	7,4	11,0	58,2	60,2	8,8	9,9	9,1	11,8
	c)	- 1,5	- 4,2	- 2,7	- 2,8	- 11,8	- 9,3	- 2,2	- 1,4	- 3,4	- 3,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	a)	107	101	175	99	19	17	121	101	422	318
	b)	5,2	6,3	3,3	3,2	10,3	10,4	4,0	4,3	4,0	4,4
	c)	2,6	8,2	- 8,1	- 4,2	- 6,6	- 12,1	10,2	12,8	- 0,6	4,1
Schulen	a)	209	158	71	60	0	0	761	490	1 041	708
	b)	10,2	9,9	1,3	1,9	-	-	25,1	20,8	9,8	9,8
	c)	0,8	- 3,1	10,9	10,4	0	0	- 4,3	- 2,8	- 2,4	- 1,9
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Naturschutz	a)	146	134	190	142	3	3	106	91	446	370
	b)	7,1	8,4	3,6	4,5	1,9	2,0	3,5	3,8	4,2	5,1
	c)	2,6	2,5	- 5,3	- 11,5	- 42,6	- 42,7	2,7	1,0	- 1,5	- 4,3
Soziale Sicherung	a)	485	479	497	464	4	4	750	739	1 736	1 686
	b)	23,7	29,9	9,3	14,9	2,0	2,2	24,7	31,3	16,4	23,3
	c)	- 10,3	- 9,3	- 8,8	- 9,6	- 29,8	- 29,2	- 12,0	- 11,9	- 10,7	- 10,6
Gesundheit, Sport, Erholung	a)	117	94	299	160	2	2	108	84	527	340
	b)	5,7	5,9	5,6	5,1	1,1	1,2	3,6	3,6	5,0	4,7
	c)	- 6,6	0,2	- 3,2	- 15,7	- 47,2	- 46,5	- 13,5	- 6,9	- 6,5	- 9,9
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	a)	289	144	955	240	20	20	143	80	1 407	484
	b)	14,1	9,0	17,9	7,7	11,3	12,0	4,7	3,4	13,3	6,7
	c)	- 10,6	- 5,6	- 2,4	- 2,4	- 7,2	- 7,3	- 5,7	0,6	- 4,6	- 3,1
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	a)	136	89	524	311	9	9	301	265	970	674
	b)	6,7	5,6	9,8	10,0	4,8	5,1	9,9	11,2	9,1	9,3
	c)	3,2	3,6	- 14,0	- 15,1	- 43,7	- 42,1	9,7	13,2	- 5,9	- 4,0
Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen	a)	149	119	381	120	1	1	42	30	574	269
	b)	7,3	7,5	7,1	3,8	0,5	0,3	1,4	1,3	5,4	3,7
	c)	12,1	25,7	- 10,6	- 0,5	- 66,6	- 39,7	10,0	46,0	- 4,5	13,8
Allgemeine Finanzwirtschaft <sup>2)</sup>	a)	213	104	1 859	1 181	18	11	433	247	2 523	1 543
	b)	10,4	6,5	34,8	37,8	10,1	6,5	14,3	10,5	23,8	21,3
	c)	- 31,5	28,8	11,7	3,7	- 0,6	5,2	- 3,7	- 8,2	3,3	2,9
<b>Bruttoausgaben insgesamt</b>	a)	<b>2 046</b>	<b>1 600</b>	<b>5 346</b>	<b>3 122</b>	<b>181</b>	<b>166</b>	<b>3 033</b>	<b>2 361</b>	<b>10 606</b>	<b>7 248</b>
	b)	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
	c)	<b>- 7,7</b>	<b>- 0,5</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 3,9</b>	<b>- 14,8</b>	<b>- 13,5</b>	<b>- 4,4</b>	<b>- 3,8</b>	<b>- 3,5</b>	<b>- 3,4</b>

1) einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen ohne Gewerbesteuerumlage - 2) einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge und Deckung von Soll-Fehlbeträgen

a) Betrag in Mill. DM - b) Anteil an den Bruttoausgaben in % - c) Veränderung 1997 gegenüber Vorjahr um %



Neben der Darstellung der Bruttoausgaben in ihrer Struktur und Entwicklung nach Einzelplänen gibt der Vergleich der Nettoausgaben und Nettoeinnahmen weitere wichtige Auskünfte über die einzelnen Bereiche. Die Bruttoausgaben und -einnahmen werden zur Ermittlung der Nettoausgaben und -einnahmen bereinigt, indem zunächst der Zahlungsverkehr zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden und in einem weiteren Schritt die Zahlungen von anderen Ebenen des öffentlichen Bereichs abgesetzt werden. Außerdem sind die haushaltstechnischen Verrechnungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge eliminiert.

In Thüringen kann dabei festgestellt werden, dass neben dem Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft auch der Bereich Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen (Einzelplan 8) aus eigenen Einnahmen finanziert wird.

Die Aufgabenbereiche (Abschnitte, Unterabschnitte) mit dem höchsten Zuschussbedarf waren 1997 die Hauptverwaltungen, die Kindertageseinrichtungen, die Grund- und Regelschulen und die Gemeindestraßen.

Die Mehrausgaben betragen in diesen und weiteren Bereichen:

Abschnitte/Unterabschnitte	Mill. DM
02 Hauptverwaltungen	366
464 Kindertageseinrichtungen	338
03 Gemeindestraßen	269
21 Grund-, Regelschulen	269
455 Hilfe zur Erziehung	146
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	135
06 Einrichtungen der gesamten Verwaltung	134
13 Brandschutz	129
410 Hilfe zum Lebensunterhalt	129

**Tabelle 12:** Mehreinnahmen, -ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Einzelplänen

Einzelplan Gebietskörperschaftsgruppen	Nettoausgaben				Nettoeinnahmen				Mehreinnahmen Mehrausgaben (-)			
	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997
in Mill. DM												
0	903	900	867	838	98	90	87	74	-802	-809	-779	-755
1	348	349	342	345	112	106	112	123	-236	-244	-230	-225
2	754	665	632	593	86	90	83	78	-668	-575	-549	-515
3	325	286	285	294	47	41	45	47	-278	-246	-241	-250
4	1 408	1 379	1 229	1 155	463	424	358	245	-949	-961	-877	-919
5	424	366	394	381	66	57	51	54	-359	-313	-348	-334
6	1 219	1 075	968	958	218	218	230	222	-1 003	-861	-744	-742
7	861	810	690	646	486	441	415	397	-399	-395	-306	-286
8	641	643	508	445	754	732	769	731	110	87	257	281
9	-1 580	-1 713	-1 566	-1 528	2 694	2 456	2 134	2 139	4 306	4 211	3 753	3 727
<b>Summe</b>	<b>5 303</b>	<b>4 760</b>	<b>4 348</b>	<b>4 125</b>	<b>5 024</b>	<b>4 655</b>	<b>4 283</b>	<b>4 109</b>	<b>-279</b>	<b>-105</b>	<b>-65</b>	<b>-17</b>
Kreisfreie Städte	977	1 091	1 033	902	887	1 061	953	910	-90	-30	-81	8
Kreisangehörige Gemeinden	3 123	2 725	2 436	2 467	3 025	2 702	2 405	2 410	-98	-23	-30	-57
Verwaltungsgemeinschaften	23	29	16	9	19	27	16	10	-4	-2	0	1
Landkreise	1 180	915	864	747	1 093	865	909	778	-87	-50	45	31



## Definition finanzstatistischer Kennzahlen für die Kommunalhaushalte

Kennzahl	Gruppierungsnummern	Bezugsgröße (gesamtwirtschaftlich)	Bezugsgröße (haushaltsmäßig)
<b>Ausgabenquoten</b>			
Personalausgabenquote	40-46	Bereinigte Gesamtausgaben	Ausgaben des
Sachaufwandsquote	50-66, 675-677, 717, 84	999	Gesamthaushalts
Zinsausgabenquote	800-808	./. 679, 68, 809, 810, 86, 90	999
Anteil der Sozialhilfeleistungen u.ä.	73-78+79	./. 892, 91, 974-979, 992,	./. 679, 68, 809, 810, 86, 90
Investitionsausgabenquote	92, 93, 94-96, 98 <sup>1)</sup>	232, 322, 362, 372	./. 892, 91, 974-979, 992
Sachinvestitionsquote	932, 935, 94-96		
<b>Einnahmenquote</b>			
Steuereinnahmenquote	00-03 ./. 810	Bereinigte Gesamteinnahmen	Einnahmen des
Anteil der allgem. Zuweisung vom Land <sup>2)</sup>	041, 051, 060, 061	399	Gesamthaushalts
Gebühreneinnahmenquote	10, 11, 12	./. 169, 209, 27, 28, 30, 810	399
		./. 31, 374-379	./. 169, 209, 27, 28, 30, 810
		./. 062, 072, 162, 172, 202, 232, 322, 362, 372	./. 31, 374-379
<b>Finanzierungsquoten</b>			
Steuerdeckungsquote	00-03 ./. 810	Bereinigte Gesamtausgaben	Ausgaben des
Deckungsquote der Zuweisungen und Erstattungen vom Land <sup>2)</sup>	041, 051, 060, 061, 160, 161, 170, 171, 230, 231, 360, 361	(Gruppierungsnummern s.o.)	Gesamthaushalts
Finanzierungsanteil der Investitionszuweisungen vom Land <sup>2)</sup>	360, 361	Investitionen und Investitionsförderung (bereinigt)	(Gruppierungsnummern s.o.)
Finanzierungsanteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	374, 377	92, 93, 94-96, 98	Investitionen und Investitionsförderung (brutto)
Finanzierungsanteil der Rücklagenentnahme	31	./. 362, 372	92, 93, 94-96, 98
<b>Belastungsquoten</b>			
Zinslastquote	800-808	Bereinigte Gesamteinnahmen	Einnahmen des Gesamthaushalts
Schuldendienstbelastungsquote	800-808, 970-977, 979	(Gruppierungsnummern s.o.)	(Gruppierungsnummern s.o.)

1) bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise bereinigt um den zwischengemeindlichen Zahlungsverkehr (Grupp.Nrn. 362, 372). - 2) einschl. Bundesmittel.

Haushaltssalden und davon abgeleitete Quoten	Rechenvorgang	Gruppierungsnummern
<b>Salden</b>		
Allgemeine Deckungsmittel	Steuereinnahmen (netto) und Saldo aus allgemeine Zuweisungen und Umlagen	00-03, 041, 051, 060-062, 072 ./. 810 822, 823, 832, 833
Nettokreditaufnahme	Schuldenaufnahme ./. Schuldentilgung am Kreditmarkt	374, 377 ./. 974, 977
Überschuß des Verwaltungshaushalts	Einnahmen ./. Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne Zuführungen)	299 (ohne 28) ./. 899 (ohne 86)
Freie Spitze	Überschuß des Verwaltungshaushalts ./. Tilgung von Krediten (ohne a.o. Tilgung und Umschuldung am Kreditmarkt), Rückzahlung von inneren Darlehen und Kreditbeschaffungskosten	86 ./. 28, 970-977, 979, 990
<b>Sonstige Quoten</b>		
Kreditfinanzierungsquote	Nettokreditaufnahme in % der Ausgaben der Investitionen und Investitionsförderung	(374, 377 ./. 974, 977) : (92, 93, 94-96, 98)
Selbstfinanzierungsquote	Überschuß des Verwaltungshaushalts in % der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung	(299, 86 ./. 899, 28) : (92, 93, 94-96, 98)
Finanzierungsquote der freien Spitze	Freie Spitze in % der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung	(86 ./. 28, 970-977, 979, 990) : (92, 93, 94-96, 98)
Anteil des Überschusses im Verwaltungshaushalt	Überschuß des Verwaltungshaushalts in % der Einnahmesumme im Verwaltungshaushalt (ohne Verrechnungen)	(299, 86 ./. 899, 28) : (299 ./. 169, 209, 27, 28, 810)